

Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Nr. 162

17. Juni 2005

WAHLEN IN DER STADT LÜDENSCHIED VOM 19. BIS ZUM FRÜHEN 21. JAHRHUNDERT

Wandel und Kontinuität politischer Lager im Spiegel der Reichs- und Bundestagswahlen

Dietmar Simon

Bei der Politik geht es den meisten Menschen heute sicher darum, sich mit aktuellen Tagesfragen zu beschäftigen. Die Geschichte früherer Wahlen – außer der letzten – erscheint da kaum noch interessant. Dennoch kann man dabei einen Überblick über das Große, Ganze im kleinen Rahmen, in einer einzelnen Stadt zu Beispiel, gewinnen. Im Folgenden soll es vor allem darum gehen, ein Bewusstsein dafür zu vermitteln, wie sich die jeweilige „große Politik“ auf der lokalen Ebene in Zahlen widerspiegelte, und zu zeigen, dass es dabei in unterschiedlichen Phasen der Geschichte Übereinstimmungen, aber durchaus auch Besonderheiten festzustellen gibt. Nebenbei wird dies auch ein bisschen zur politischen Stadtgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im Miniaturformat.

Aktuelle Wahlforschung, um noch einen Satz lang bei der Tagespolitik zu bleiben, verwirrt uns Zeitgenossen manchmal mit Daten und Prognosen, mit Auswertungen über Stimmengewinne und –verluste und zudem den irgendwie immer gleichen und vorhersehbaren Statements von Gewinnern und Verlierern. Historische Wahlfor-

schung hat es einerseits leichter: Wir wissen, was danach geschah. Andererseits haben wir Gegenwärtigen es sicherlich auch nicht so leicht damit, weil wir uns die jeweiligen historischen Zusammenhänge und Bedeutungen bis hin zu den Identitäten der jeweils zu wählenden Parteien und Personen gegenwärtigen müssen.

Beginnen wir aber damit, uns etwas über die Rechtfertigung historischer Wahlforschung klar zu machen. Der Historiker Gerhard A. Ritter bemerkte dazu: „Auf Wahlentscheidungen wirken materielle und ideelle Motive, sozialpsychologisch zu erklärende Präferenzen und Abneigungen, Einflüsse des soziokulturellen Milieus, das Image und die Propaganda von Kandidaten und Parteien neben der mehr oder minder rationalen Auseinandersetzung mit kontroversen Fragen des Wahlkampfes in einer von Fall zu Fall ganz unterschiedlichen Zusammensetzung ein.“ Kurz gesagt: Mit den in Wahlergebnissen präsentierten Zahlen hängt das ganze Spektrum sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Gegebenheiten zusammen. Insofern könnte man sich durchaus sehr lange mit der Analyse

einzelner Wahlen oder einer bestimmten Gruppe von Wahlen auseinandersetzen. Das kann hier aber keinesfalls geschehen. Stattdessen soll hier der Blick auf die Entwicklung der politischen Milieus in Lüdenscheid konzentriert werden. Dabei werden die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen zum Teil aus sachlichen Erwägungen, vor allem aber aus Platzmangel fast vollkommen ausgelassen.

Seit wann kann man überhaupt von politischen Wahlen im modernen Sinne sprechen? Dazu ist zunächst festzustellen, dass die ersten Wahlen in Lüdenscheid um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch nicht besonders aussagekräftig waren. Nach der Einführung der neuen preußischen Städteordnung wurde erstmals am 11. September 1842, an einem Sonntag, nach dem Gottesdienst, eine Stadtverordnetenwahl durchgeführt. Demokratisch war sie nicht, denn das aktive und passive Wahlrecht war gebunden an Eigentum und Besitz. Von den damals 3649 Einwohnern der Stadt waren 314 stimmberechtigt und 197 wählbar, selbstverständlich alles Männer und zumeist Angehörige freier

Berufe bzw. Kaufleute und Fabrikanten. Parteien gab es noch nicht. Erst die Revolution von 1848 brachte Bewegung in das politische Leben, nicht zuletzt durch die Gründung politischer Vereine, die Urzellen späterer Parteien. Die erste Wahl zu einer deutschen Nationalversammlung, die eine Verfassung ausarbeiten sollte, wurde zumindest in indirekter Form möglich. In Lüdenscheid lief das Verfahren so ab: Am 1. Mai 1848 wählten die Wahlberechtigten sogenannte Wahlmänner, mehrheitlich Unternehmer, Beamte und andere Honoratioren. Die Wahlmänner des Kreises Altena trafen sich drei Tage später in einem Lüdenscheider Lokal. Jeder von ihnen durfte einen bis drei Namen auf einen Zettel schreiben, denn es gab gar keine vorher festgelegten Kandidaten. Bei der Diskussion einigte man sich schließlich auf einen Pfarrer aus Altena, der sich bei der am 10. Mai in Olpe durchgeführten Abgeordnetenwahl als Parlamentsmitglied unseres Wahlkreises durchsetzen konnte.

Interessant sind diese Vorgänge allenfalls für die Untersuchung des zeitgenössischen politischen Bewusstseins. Eine Ant-

wort auf die Frage nach politischen Präferenzen oder Abneigungen geben sie nicht. Und so sind wir darauf angewiesen, uns im Folgenden auf diejenigen Wahlverfahren zu konzentrieren, die genau diese Frage beantworten können. Die erste Wahl, die man in diesem Sinne als aussagekräftig, weil einigermaßen demokratisch organisiert bezeichnen könnte, war die Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes im Februar 1867. In Lüdenscheid standen damals insgesamt drei Männer zur Wahl: Der Liberale Albert Florschütz, der konservative Arnberger Regierungspräsident Heinrich Wilhelm von Holtzbrinck und der Sozialdemokrat Wilhelm Hasenclever. Von ungefähr tausend Stimmen entfielen mehr als zwei Drittel auf den liberalen Kandidaten, woran die Stärke des zeitgenössischen Liberalismus in der Stadt deutlich wurde. Man muss im Übrigen festhalten, dass in dieser Wahl sowie in allen weiteren Wahlen bis zum Ersten Weltkrieg offiziell Personen gewählt wurden und nicht etwa Parteien, denen sich diese Personen zuordnen ließen. In der Praxis trat später allerdings mehr und mehr das sich entwickelnde Parteiensystem zum Vorschein.

Wir beschränken uns nun auf eine kurze Betrachtung der Reichstagswahlen in Lüdenscheid von 1871 bis 1912. Das hat folgenden Grund: Zwar wurden auch in regelmäßigen Abständen Wahlen zum preußischen Landtag und zur Stadtverordnetenversammlung durchgeführt, doch diese unterlagen dem sogenannten Dreiklassenwahlrecht, das heißt, die jährliche Steuerleistung eines Mannes bestimmte darüber, in welcher „Klasse“ er wählen durfte, anders ausgedrückt, wie viel seine Stimme jeweils wert war. Die Problematik, die darin

Dr. Langerhans ist Gegner von Ausnahmegeetzen aller Art.

Ihr Wähler in Stadt und Land, Arbeiter und Handwerker, Landwirthe und Geschäftsleute, mögt Ihr am 27. Oktober für Kengmann, Schlieper oder für von Schorlemer gestimmt haben, vereinigt Euch am 10. Dezember

auf den bewährten Volksmann und Vorkämpfer für Freiheit und Recht

Dr. Paul Langerhans in Berlin!

Bueck verweist in seiner Candidatenrede in Lüdenscheid die Arbeiter, wenn ihnen die Tabaksteuer zu hoch wäre, auf den Ausweg, Surrogate (Kirsch- u. Weichselblätter) darunter auch manches „Kohl- und Rübenblatt“ zu rauchen. (Vergleiche den Bericht der Lüdenscheider Zeitung, Beilage zu Nr. 96.)

Dr. Langerhans aber will keine höhere Belastung des Tabaks, keine Vertheuerung des Lichts und des stärkenden Trunks.

Auszug aus einem Wahlaufruf vom 7. 12. 1881 im Lüdenscheider Wochenblatt

Announce des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei im „Lüdenscheider Wochenblatt“ vom 7. 12. 1881, worin für den Reichstagskandidaten Dr. Paul Langerhans geworben wurde

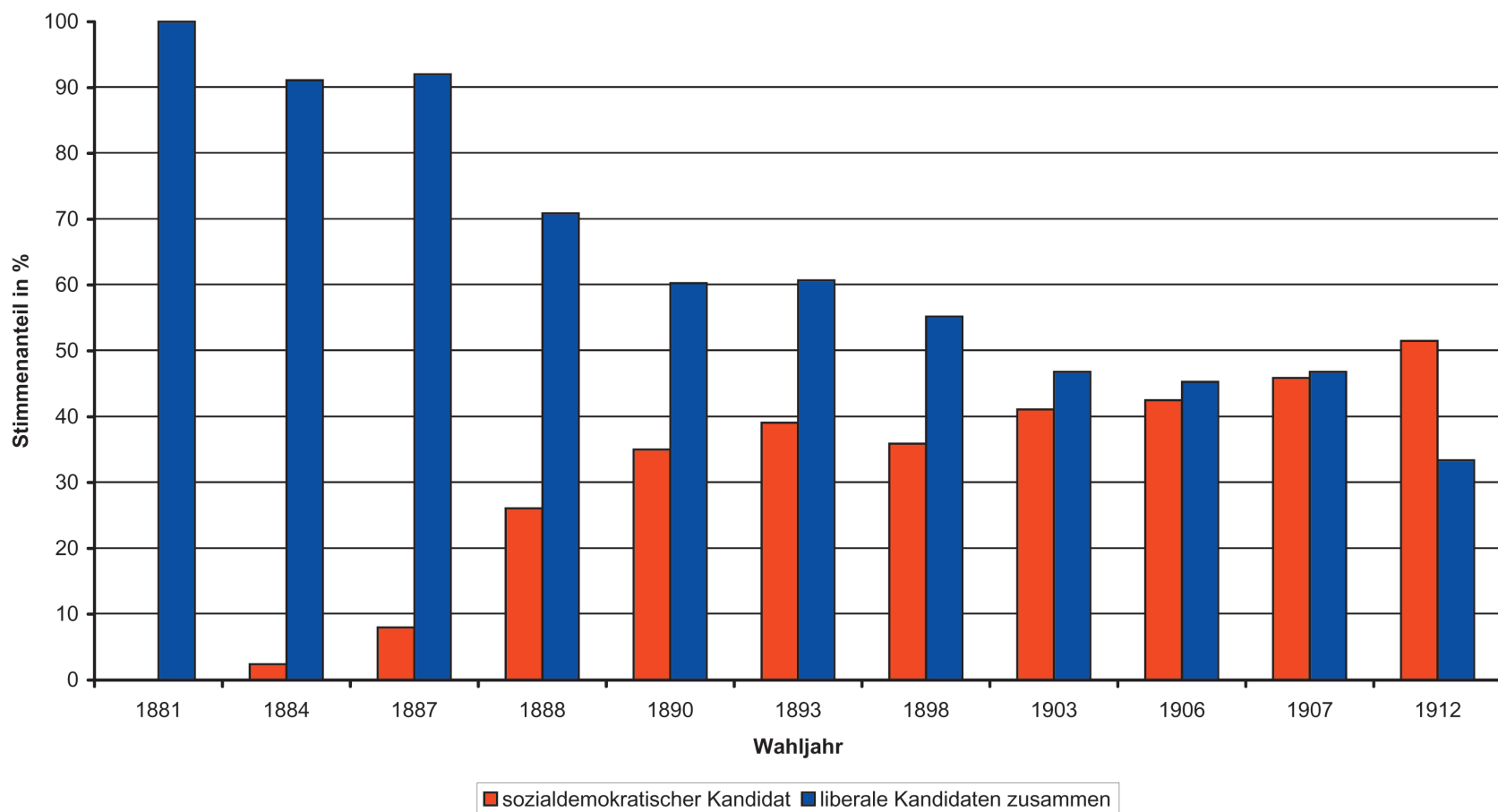
Reichstagswahlergebnisse in Lüdenscheid 1871-1912 (ohne Stichwahlen)

Wahltag	abgegebene Stimmen	Rechtsliberale	Linksliberale	Zentrum	Christlich-Soziale	Sozialdemokraten	Sonstige
03.03.1871	678	262 (38,6 %)	414 (61,1 %)	—	—	2 (0,3 %)	—
10.01.1874	966	234 (24,2 %)	623 (64,5 %)	51 (5,3 %)	—	58 (6,0 %)	—
10.01.1877	1225	323 (26,4 %)	778 (63,5 %)	79 (6,5 %)	—	45 (3,7 %)	—
01.08.1878	1460	354 (24,2 %)	1000 (68,5 %)	87 (6,0 %)	—	19 (1,3 %)	—
27.10.1881	1569	373 (23,8 %)	1127 (71,8 %)	67 (4,3 %)	—	1 (0,1 %)	1 (0,1 %)
10.12.1881	1610	399 (24,8 %)	1211 (75,2 %)	—	—	0 (0,0 %)	—
28.10.1884	1775	417 (23,5 %)	1200 (67,6 %)	115 (6,5 %)	—	43 (2,4 %)	—
21.02.1887	2833	1011 (35,7 %)	1596 (56,3 %)	—	—	226 (8,0 %)	—
28.04.1888	2796	637 (22,8 %)	1345 (48,1 %)	84 (3,0 %)	—	730 (26,1 %)	—
20.02.1890	3043	631 (20,8 %)	1201 (39,5 %)	146 (4,8 %)	—	1065 (35,0 %)	—
15.06.1893	3275	803 (24,5 %)	1186 (36,2 %)	5 (0,2 %)	—	1281 (39,1 %)	—
16.06.1898	3897	894 (22,9 %)	1257 (32,3 %)	346 (8,9 %)	—	1400 (35,9 %)	—
16.06.1903	4791	896 (18,7 %)	1344 (28,1 %)	402 (8,4 %)	—	1968 (41,1 %)	—
27.06.1906	4913	918 (18,7 %)	1304 (26,6 %)	448 (9,1 %)	181 (3,8 %)	2089 (42,5 %)	—
25.01.1907	5356	2505 (46,8 %)	—	394 (7,4 %)	154 (3,1 %)	2457 (45,9 %)	—
12.01.1912	6266	2094 (33,4 %)	—	694 (11,1 %)	—	3224 (51,5 %)	254 (4,1 %)

Name des Kreises, Bezirksamts, Amtshauptmannschaft usw. (politische Verwaltungseinheiten oder Teile von solchen.) Bezeichnung des Wahlbezirkes.	Einwohnerzahl am 1. Dez. 1910	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene Stimmzettel			Von den gültigen Stimmen entfielen auf	
			überhaupt	ungültig	gültig	Spiegel, Karl, Bezirksleiter des 7. Bezirks des deutschen Metallarbeiterverband, Düsseldorf-Sozialdemokratie.	Müller, Ottomar, Gehelmer Justiz- u. Oberlandesgerichtsrat, Köln. Fortschr. Volkspart.
B) Stadtkreis Lüdenscheid.							
1. Bezirk. Altenaer, Wiedenhojs, Schmalspur, Sedans, Vietig, Viktoria-, Gas-, Gerseblers-, Ramp-, Feld-, Wiesen-, Klüfers-, Humboldt- und Thünenstraße.	3406	696	581	12	569	316	253
2. Bezirk. Werdohler-, König-, Wiesmann-, Eduard-, Berg-, Kronprinzenstraße, Am Reckenstück, Recken- und Handweiserstraße.	3358	728	618	17	601	363	238
3. Bezirk. Schale, Hermann-, Kerfig-, Luifens-, Ringmauer-, Herzogstraße, Annengasse, Kirchplatz, Rathaus-, Marienstraße, Goldene Gde, Kommandantenstraße, Römerweg, Turm-, Jägerstraße, Altgasse, Döngasse, Grabenstraße, Karaffelplatz, Im Ort, Schemper-, Schiller- und Loherstraße.	3395	782	627	17	610	332	278
4. Bezirk. Bräulen, Wetelschölerstraße, Höh, Schlachthausstraße, Schlittenbacherweg, Schlittenbach, Schlittenbacher-, Weisenburger-, Alfens-, Düppel-, Mittel-, Schützen-, Staberger- und Gustavstraße.	3365	784	662	8	654	447	207
5. Bezirk. Hoh-, Konfordia-, Peters-, Gartenstraße, Hundebrint, Joseborn, Mehr, Volkfeld, Elspe, Sauerfelder-, Paulinen-, Sadowa-, Pastel- und Wilhelmstraße.	3446	817	682	16	666	289	377
6. Bezirk. Augustas, Ringofens-, Lipper-, Süds-, Friedr. Wilhelm-, West-, Hofuhr-, Börsen-, Philipp-, Lohmühlen-, Wis- marck-, Kölner-, Kurze-, Weisfaltenstraße, Schnappe, u. d. Schnappe, Rattenberg, Glend, Heide, Loufsental und Wildmede.	3302	738	645	22	623	348	275
7. Bezirk. Albrecht-, Herders-, Karl-, Friedrich-, Nord-, Körners-, Lessing-, Bahnhof-, Post-, Mathilden-, Friedhof-, Luther- straße, Am Friedhof, Löfenbacherstraße.	2962	708	572	12	560	234	326
8. Bezirk. Knapper-, Winkhauser-, Sachsens-, Bayernstraße, Dönnelng, Park- und Friesenstraße.	2904	668	569	19	550	322	228
9. Bezirk. Wehbergerstraße, Wermederweg, Ludwigstraße, Hagedorn's Ramp, Steinert, Heedfelderstraße, Oberwermede, Buckesfeld, Wermede, Karolinen- und Gustav Adolfstraße.	2939	577	495	5	490	372	118
10. Bezirk. Worth, Breitenloh, Eichholz, Honsel, Honselerstraße, Honselerbruch, Am Breitenloh, Worthstraße, Kaiserallee, Görtinghauser-, Ober-Linsberger-, Unter-Linsbergerstraße, Normandie, Goethe-, Richard-, Dr., Siegestraße, Kohlweg, Lennestraße, Rotenhahn, Friedrichstal.	3224	761	663	10	653	459	194
Zusammen Stadtkreis Lüdenscheid	32301	7259	6114	138	5976	3482	2494

Ergebnis einer Stichwahl zum Reichstag in der Stadt Lüdenscheid, wie es im „Altenaer Kreisblatt“ am 1. 2. 1912 mitgeteilt wurde.
Erkennbar sind Zuschnitt und Größe der damaligen Stimmbezirke.

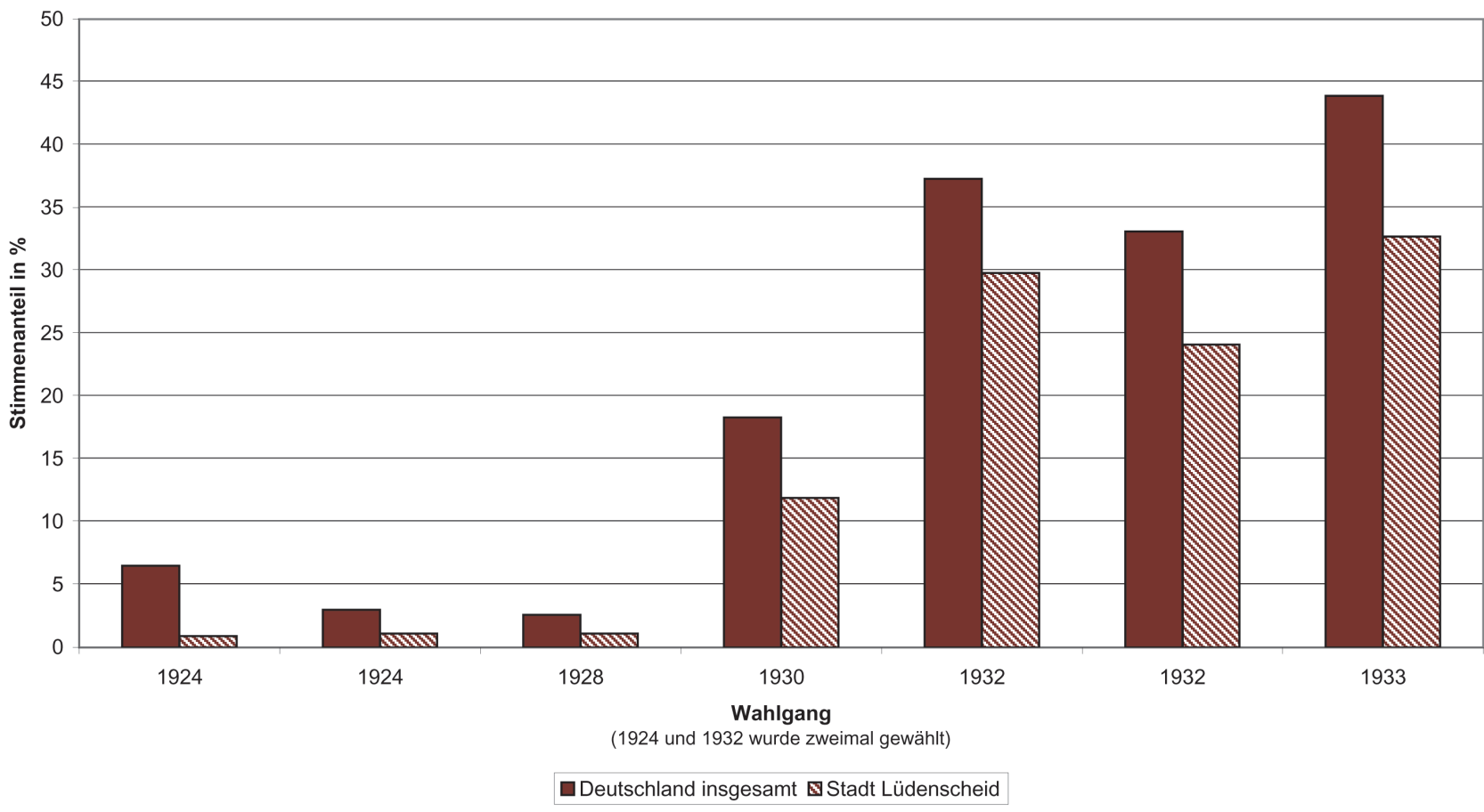
Reichstagswahlen 1881-1912
 Politischer Wandel in Lüdenscheid



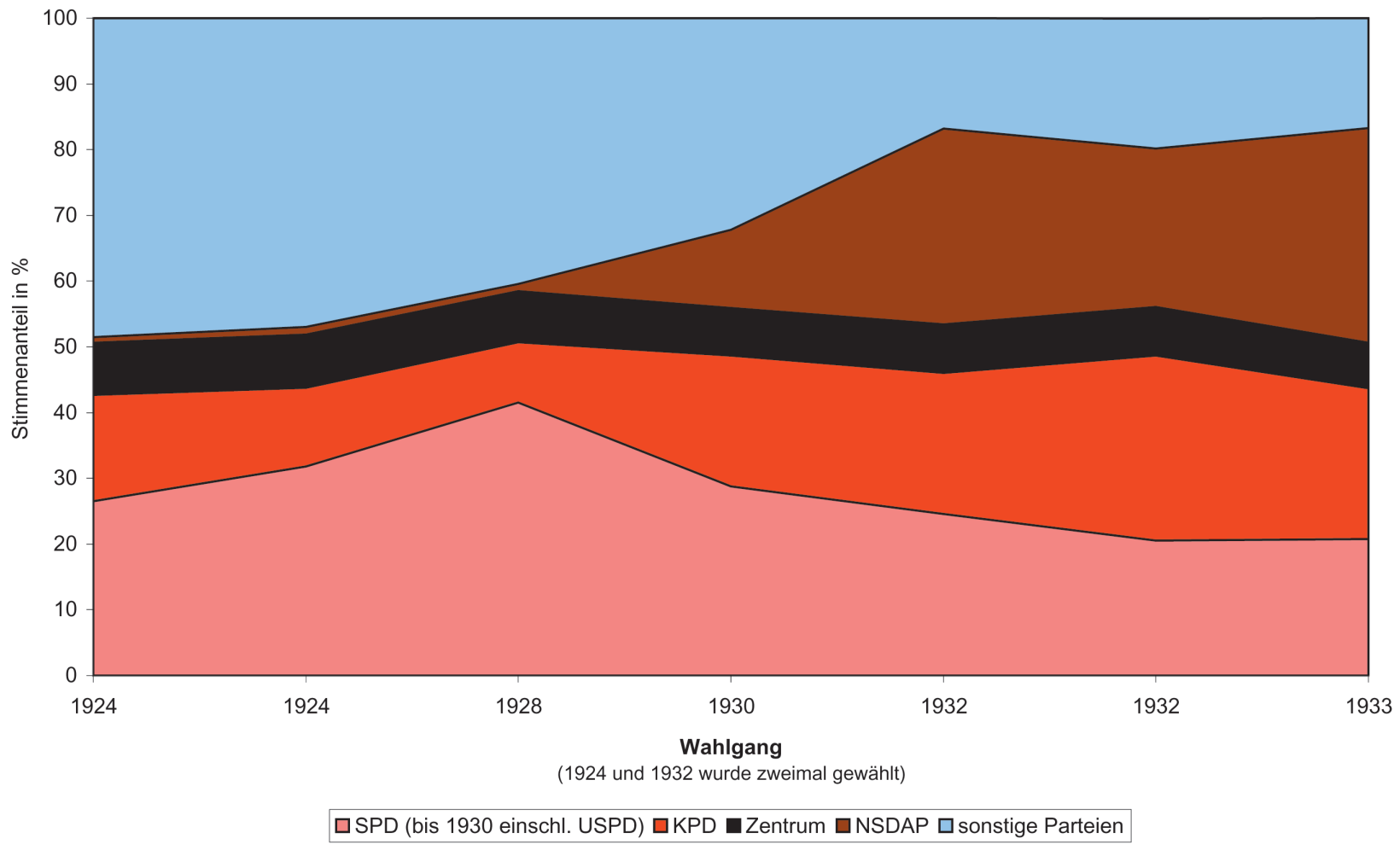
**Reichstagswahlergebnisse (1919: Nationalversammlung)
 in Lüdenscheid 1919 – 1933**

Wahltag	Stimmen (Beteilig.)	SPD	USPD	KPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP	Evang. Volks- dienst	NSDAP	Sonst.
19.01.1919	16972 (89,6%)	8440 (49,7%)	1524 (9,0%)	–	1151 (6,8%)	3701 (21,8%)	2156 (12,7%)	–	–	–	–
06.05.1920	16662 (80,1%)	4291 (25,8%)	4805 (28,8%)	–	1175 (7,0%)	2288 (13,7%)	3575 (21,5%)	528 (3,2%)	–	–	–
04.05.1924	17612 (81,0%)	3535 (20,1%)	1134 (6,4%)	2852 (16,2%)	1388 (7,9%)	1589 (9,0%)	4801 (27,3%)	1867 (10,6%)	–	167 (0,9%)	279 (1,6%)
07.12.1924	18506 (83,1%)	5321 (28,8%)	558 (3,0%)	2227 (12,0%)	1490 (8,1%)	2038 (11,0%)	4284 (23,2%)	2247 (12,1%)	–	206 (1,1%)	135 (0,7%)
20.05.1928	18044 (76,2%)	7356 (40,8%)	125 (0,7%)	1662 (9,2%)	1403 (7,8%)	1940 (10,7%)	2811 (15,6%)	2023 (11,2%)	–	192 (1,1%)	532 (2,9%)
14.09.1930	21643 (87,9%)	6208 (28,7%)	24 (0,1%)	4317 (19,9%)	1558 (7,2%)	1279 (5,9%)	1931 (8,9%)	1051 (4,9%)	1848 (8,5%)	2566 (11,9%)	861 (4,0%)
31.07.1932	22063 (87,3%)	5420 (24,6%)	–	4717 (21,4%)	1633 (7,4%)	408 (1,8%)	245 (1,1%)	1899 (8,6%)	966 (4,4%)	6567 (29,8%)	208 (0,9%)
06.11.1932	20861 (81,1%)	4271 (20,5%)	–	5890 (28,2%)	1555 (7,4%)	314 (1,5%)	497 (2,4%)	2182 (10,5%)	968 (4,6%)	5026 (24,1%)	158 (0,7%)
05.03.1933	23485 (91,1%)	4882 (20,8%)	–	5367 (22,9%)	1613 (6,9%)	382 (1,6%)	378 (1,6%)	2158 (9,2%)	1013 (4,3%)	7691 (32,7%)	1 (0,0%)

Wahlentwicklung der NSDAP 1924-1933 Deutschland insgesamt und Stadt Lüdenscheid im Vergleich



Reichstagswahlergebnisse 1924 bis 1933 Wandel politischer Lager in der Stadt Lüdenscheid



Den Wahlausweis mitbringen zur Wahl! Den Stimmzettel nicht vergessen! • Frühzeitig wählen!

An die Reichstagswähler von Lüdenscheid-Stadt und -Land!

Wer am 6. Juni 1920 zwanzig Jahre alt ist und in der Wählerliste steht, kann an der Wahl zum ersten Reichstag der zur Republik umgestalteten Deutschen teilnehmen. Das Lokale in dem er seinen Stimmzettel abgibt, kann er aus den Zeitungen ersehen, worin die Stimmbezirke mit den angehörigen Straßen bekannt gemacht worden sind. Im Wahllokal liegt gestempelte Briefumschläge. In den Umschlag steckt man den Wahletzel mit dem Namen Imbusch, wenn man Zentrum wählen will, und gibt den Umschlag am Wahltisch ab. So gebraucht man sein Wahlrecht und erfüllt man seine Wahlpflicht.

Wahlberechtigt sind Männer, Frauen, Mädchen, die das oben angegebene Alter haben. Die Wahlpflicht steht fest für jeden, der sich selbst für reif und vernünftig, genug hält, um an die Wohlfahrt seines Standes und seines Vaterlandes mitzuarbeiten. Darum ist rückständig oder höchst bequeme, wer wählen kann und doch nicht wählt.

Die **Zentrumspartei**, hochgeschätzt von allen, die seit 50 Jahren ihr mannhaftes Eintreten für Wahrheit, Freiheit und Recht mitbringt, aber von den einseitigen Klassenvertretern rechts und links gehäßt und bekämpft als unerschrockene Störerin ihrer selbständigen Bestrebungen, darf auch in dem heutigen unerhörten Wahlgang für die Wählermassen treten mit dem Anspruch, ihr Programm zu entwickeln.

Auslegung des Schulkompromisses mit allen Mitteln entgegenstellen. Auch in Zukunft wird es treuesten Zusammenschlusses aller religiös gesinnten Kreise gleich welcher Konfession, bedürfen, um Angriffe von religionsfeindlicher Seite auf unsere christliche Weltanschauung abzuwehren.

Christliche Eltern!
Und alle, die ihr es einmal sein werdet, mit Stolz weisen wir euch hin auf die Proteste, die ihr (um mit dem Minister Hänisch zu reden) wagt, nach Berlin geschickt habt, um gegen Adolf Hoffmann und sein sozialistisches Vorgehen gegen die religiöse Schulerziehung euch zur Wehr zu setzen. Diese Proteste haben bewiesen, daß ihr euch nicht wollt wie Waschlappen behandeln lassen! Aber überseht doch nicht, daß der Schulkampf erst jetzt in voller Schärfe entbrennen wird. Seht euch daher in euch selbst, wie eine Sturmarmee feststellen wird, wenn demnächst (in diesem Jahre noch!) der bittere Kampf losgeht.

Ohne ein starkes Zentrum ist die christliche Schule verloren!
Wir hier in Lüdenscheid und Umgegend haben ein besonderes Interesse daran. Wenn das zukünftige Reichs-Schulgesetz auch nur die geringste Handhabe dazu bietet, dann wird bei der bekannten Zusammensetzung der hiesigen städtischen und gemeindlichen Vertretungen die christliche Volksschule die schwersten Schläge erleiden! Ihr seid gewarnt! Nur der Stimmzettel mit dem Namen Imbusch kann eure Kinder vor solchen Schlägen retten!

Reichstagswähler von Lüdenscheid-Stadt und -Amt!
Ihr gehört fast alle dem Arbeiterstande an oder dem Stande der Angestellten. Leset daher mit Aufmerksamkeit, was das Zentrum will: dem Arbeiterstande wahr die Partei die hergebrachte Treue. Wir bestehen auf die Fortführung der bereits in Angriff genommenen Gesetzgebung, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer - der Arbeiter wie der Angestellten - bei der Gestaltung unserer Wirtschaft ausbaut und sichert. Das Tarif- und Einigungswesen ist zu vervollkommen und rechtlich sicherzustellen. Die Versicherungsregeln sind den neuen Verhältnissen anzupassen. Eine unserer wichtigsten Sorgen ist die Hebung der Wohnungsnot und die Förderung des Siedlungs- und Heimstättenwesens. Wir unterstützen insbesondere die christliche Arbeiterbewegung, weil wir in ihr Gedanken und Kräfte wirksam sehen, welche allein zur Gesundung unserer zerrissenen sozialen und städtischen Zustände führen können.

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Lüdenscheid ist Industriestadt. Auch unsere Töchter in West und Nord und Ost lernen von Fabriken. Soll all dieser Vollerwerb im Unverstand kommunistischer Schwärmer und derer, die ihnen nahesteht, rettungslos untergehen? Nur eine ruhige Entwicklung der sozialen Verhältnisse kann uns vor dem Durch-einander bewahren. Wir wissen sehr wohl, daß Selbsthilfe nötig ist, um das arbeitende Volk an dem Reichtum seiner Industrie

steckt, lässt sich schon an einem Beispiel zeigen: Im Jahre 1898 hatten 4667 Männer in Lüdenscheid das Recht zur Teilnahme an den Reichstagswahlen, aber nur gut die Hälfte davon, nämlich 2636, hatten auch das kommunale Wahlrecht. Und von diesen 2636 Wahlberechtigten entfielen 95 Prozent auf die Steuerklasse mit den geringsten Steuerleistungen, also auf die ärmere Gruppe, 4,4 Prozent auf die zweite und 0,6 Prozent auf die erste Steuerklasse. Jede Steuerklasse wählte übrigens jeweils ein Drittel des kommunalen Parlamentes. Man kann sich denken, dass diese Ungerechtigkeit zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Diese aber sind hier nicht unser Thema.

Richten wir also den Blick auf die Reichstagswahlen in Lüdenscheid, obwohl man auch in diesem Fall einen weiteren Hinweis machen muss: Bei der letzten einigermaßen demokratischen Wahl während des Kaiserreiches, die 1912 stattfand, gab es 7259 wahlberechtigte Einwohner in der Stadt. Das waren etwa 22,5 Prozent von allen Menschen, die damals überhaupt in Lüdenscheid lebten. Man kann also davon ausgehen,

dass die Zahlen nur ein Fünftel bis ein Viertel der städtischen Bevölkerung repräsentieren. Trotzdem ergibt sich daraus ein sozialwissenschaftlich einigermaßen sauberes Bild.

Man kann an der vorliegenden Übersicht zu den Reichstagswahlergebnissen in Lüdenscheid von 1871 bis 1912 einige auffällige Dinge erkennen. Zum einen wird ganz deutlich, wie groß die Übermacht des politischen Liberalismus in dieser Stadt zu Beginn des Kaiserreiches war. Diese politische Richtung war damals (wie auch noch in der Weimarer Republik) in zwei Flügel gespalten. Die Nationalliberalen, politisch weiter rechts stehend, unterstützten die Politik der konservativen Reichsregierung unter Kanzler Bismarck, die Linksliberalen, die sich zum größten Teil in der Freisinnigen Partei zusammenfanden, opponierten dagegen und traten für größere bürgerliche Freiheiten ein. Die Rechtsliberalen hatten bis Mitte der 1880er Jahre ungefähr ein Viertel der Lüdenscheider Wählerklientel hinter sich, die Linksliberalen sogar zwei Drittel, in einer Ausnahmesituation sogar drei Viertel aller Stim-



Wahlplakat der Deutschen Volkspartei von 1924. Die DVP war damals die stärkste bürgerliche Partei in Lüdenscheid

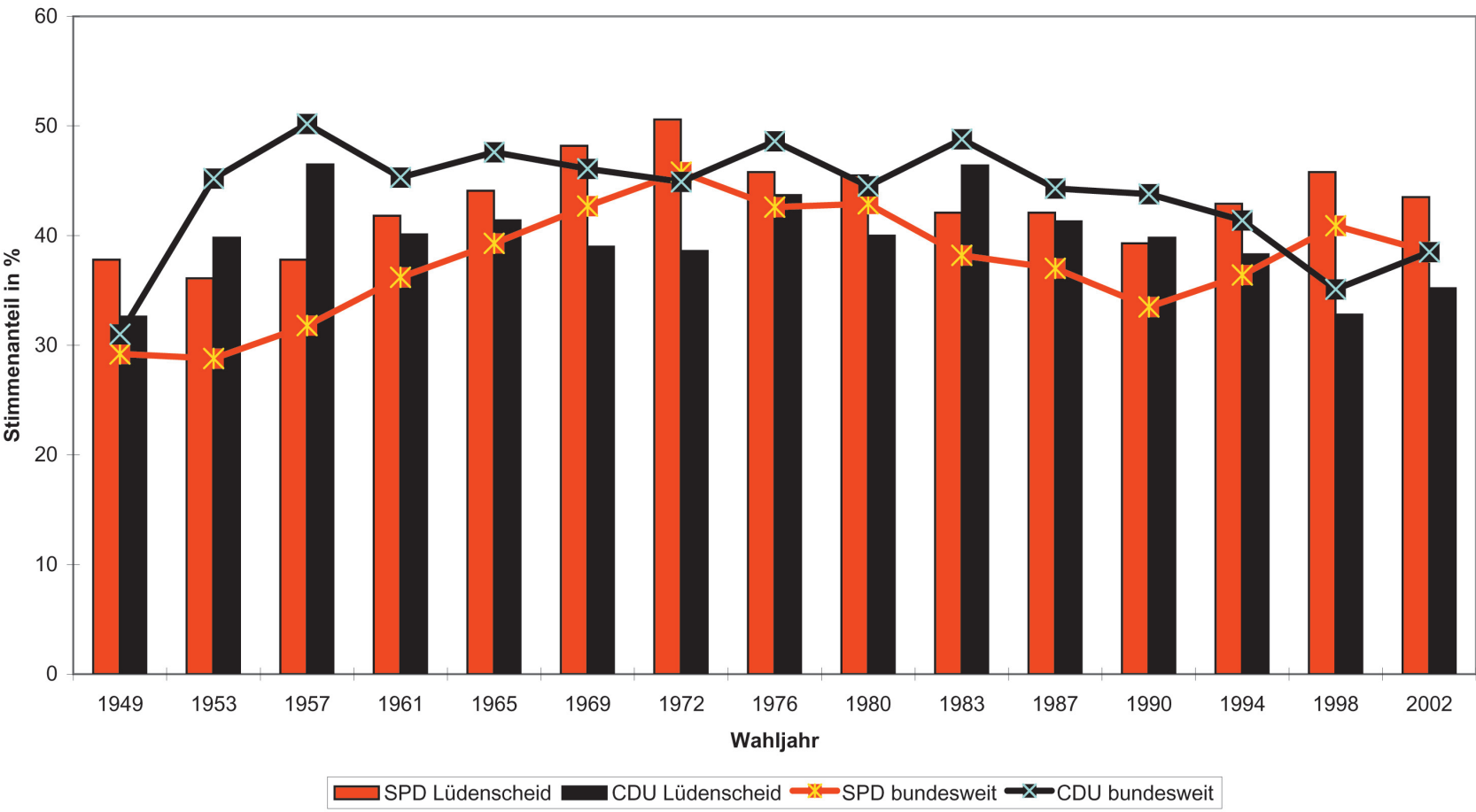
men. Zusammengenommen waren das 90 bis 100 Prozent. Die Bedeutung dieser Größe wird einem erst dann richtig klar, wenn man Vergleiche anstellt, zum Beispiel mit dem Reichsdurchschnitt, wo beide liberalen Richtungen als politische Interessenvertretungen des Bürgertums zusammen auch sehr stark waren, aber gemeinsam 'nur' auf etwa 40 bis 45

Flugblatt der Zentrumspartei „An die Reichstagswähler von Lüdenscheid-Stadt und -Land“ vom Juni 1920

Bundestagswahlergebnisse in Lüdenscheid 1949-2002

Wahltag	Stimmen (Beteiligung)	SPD	CDU	FDP	Grüne	Sonstige
14.08.1949	28792 (82,7%)	10894 (37,8%)	9372 (32,6%)	3613 (12,5%)	—	4913 (17,1%)
06.09.1953	31651 (85,1%)	11411 (36,1%)	12598 (39,8%)	4648 (14,7%)	—	2994 (9,5%)
15.09.1957	33317 (86,9%)	12585 (37,8%)	15492 (46,5%)	3385 (10,2%)	—	1855 (5,6%)
17.09.1961	35737 (86,9%)	14932 (41,8%)	14329 (40,1%)	5453 (15,3%)	—	1023 (2,9%)
19.09.1965	36472 (86,1%)	16094 (44,1%)	15100 (41,4%)	3691 (10,1%)	—	1587 (4,4%)
28.09.1969	46269 (85,1%)	22299 (48,2%)	18065 (39,0%)	3500 (7,6%)	—	2405 (5,2%)
19.11.1972	51074 (90,0%)	25845 (50,6%)	19700 (38,6%)	5042 (9,9%)	—	487 (1,0%)
03.10.1976	50026 (90,5%)	22911 (45,8%)	21856 (43,7%)	4822 (9,6%)	—	437 (0,9%)
05.10.1980	48034 (87,4%)	21860 (45,5%)	19224 (40,0%)	6213 (12,9%)	—	737 (1,5%)
06.03.1983	48829 (88,0%)	20569 (42,0%)	22654 (46,4%)	3131 (6,4%)	2188 (4,5%)	287 (0,6%)
25.01.1987	45352 (80,8%)	19075 (42,1%)	18713 (41,3%)	4135 (9,1%)	2806 (6,2%)	623 (1,4%)
02.12.1990	42388 (74,6%)	16668 (39,3%)	16880 (39,8%)	5481 (12,9%)	1445 (3,4%)	1914 (4,5%)
16.10.1994	43563 (78,3%)	18672 (42,9%)	16677 (38,3%)	3439 (7,9%)	2521 (5,8%)	2254 (5,2%)
27.09.1998	45265 (81,1%)	20738 (45,8%)	14832 (32,8%)	3592 (7,9%)	2587 (5,7%)	3516 (7,8%)
22.09.2002	42092 (76,3%)	18317 (43,5%)	14810 (35,2%)	4070 (9,7%)	2933 (7,0%)	1962 (4,7%)

Bundestagswahlergebnisse 1949-2002
 CDU und SPD im Vergleich Lüdenscheid - Bundesgebiet



Prozent der Stimmen kamen.

Woran lag diese lokale Übermacht des Liberalismus? Einerseits sicher daran, dass es eine entsprechende jahrzehntelange Tradition gab, die sich auch an

Familien und politisch Aktiven festmachte. Der politische Konservatismus hatte in Lüdenscheid keine Chance, auch wenn man hinzufügen muss, dass die Lüdenscheider Nationalliberalen gesellschaftspoli-

tisch konservative Ansichten vertraten. Die dritte große politische Richtung, der politische Katholizismus, der sich in der Zentrumsparterie organisierte, hatte im traditionell protestantischen Lüdenscheid ebenfalls einen schweren Stand und entwickelte sich erst zur Jahrhundertwende hin auf ein konstantes Niveau von etwa 8 bis 9 Prozent der Wählerstimmen.

In der Mitte der 1880er Jahre fand dann ein Umbruch statt. Binnen weniger Monate ent-

stand in Lüdenscheid unter den an sich dafür nicht gerade förderlichen Bedingungen des Sozialistengesetzes eine immer stärker werdende sozialdemokratische Wählerklientel. Während der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei 1881 noch keine einzige Stimme erhalten hatte, gab es 1890 bereits über 1000 Anhänger der politisch unterdrückten Sozialdemokratie. Das entsprach einem Wähleranteil von über einem Drittel. Diese Entwicklung macht deutlich, wie sehr die Stadt in der

Phase der Hochindustrialisierung und des sich entwickelnden Obrigkeitsstaates von einer selbstbewusster werdenden Arbeiterschaft geprägt war. Die Politisierung der Bevölkerung war in ganz erheblichem Maße von lokalen Organisationen und von einer Teilnahme am öffentlichen Leben abhängig. Beide Faktoren gewannen im Laufe der Zeit an Bedeutung, und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Beteiligung an den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 kontinuier-



Wahlplakat der SPD zur Reichstagswahl von 1930, die der NSDAP und der KPD starke Gewinne in Lüdenscheid brachte



Eine „Wahl“ für „Freiheit und Frieden“? - Stimmzettel zur sogenannten Wahl des Reichstags im April 1938



Konrad Adenauer auf einem Wahlplakat der CDU von 1957. Bei dieser Wahl errang die Union ihren bislang größten Stimmenanteil in Lüdenscheid

lich stark anstieg. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Lüdenscheid ganz eindeutig von einer Hochburg des fortschrittlichen Liberalismus zu

einer Domäne der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geworden. Eine Gegenüberstellung der Stimmenanteile der Liberalen insgesamt und der



Willy Brandt auf einem Wahlplakat der SPD von 1969. Bei dieser Wahl errangen die Sozialdemokraten einen Stimmenanteil von fast fünfzig Prozent in Lüdenscheid

Sozialdemokratie zeigt diesen Prozess deutlich.

Dies war die Ausgangsposition für die lokale Wahlentwicklung in der Weimarer Republik, dem ersten wirklich demokratischen Staat auf deutschem Boden. Es ist allgemein bekannt, wie verwirrend und komplex die allgemeinenpolitische Entwicklung in Deutschland zwischen dem Ersten Weltkrieg und der nationalsozialistischen Diktatur war. In Lüdenscheid, einer Stadt, deren Wahlentwicklung derjenigen in einer industriellen Großstadt ähnelte, war das nicht grundsätzlich anders.

Im Überblick zeigt die Wahlentwicklung der Weimarer Zeit zwei markante Einschnitte, jeweils am Anfang und am Ende der zwanziger Jahre. Die Reichstagswahl von 1920 brachte ein Ergebnis, das die lokalen Tendenzen der Kaiserzeit abbrach: Der Kräftezuwachs der Sozialdemokratie war zu Ende, und das Stärkeverhältnis von Links- und Rechtsliberalismus kehrte sich um. Die DVP legte in dieser Stadt während der Inflationszeit kräftig zu und stellte damit zeitweise den wichtigsten Orientierungsrahmen für das städtische Bürgertum dar. Immerhin war Lüdenscheid noch 1924 eine der Städte mit dem höchsten Stimmenanteil der Liberalen in Deutschland. Auf der linken Seite des Parteienspektrums kam es jetzt auch hier zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung in die SPD, die USPD und mit etwas Verzögerung auch die KPD, die erstmals bei der preußischen Landtagswahl im Februar 1921 antrat und auf Anhieb etwa zehn Prozent der Stimmen erhielt.

Betrachtet man dagegen die Wahlentwicklung der Zentrumspartei, so fällt die außerordentliche Stabilität ihrer Wählerklientel auf, die auf ein konsistentes katholisches Milieu in der protestantischen Umgebung hindeutet. Etwas Neues in der Weimarer Zeit war hingegen, dass seit der großen Krise um 1923 ein definitiv konservatives Lager Fuß fasste, dessen politischen Vorstellungen im Wesentlichen autoritäre Konzepte enthielten. Die DNVP erhielt seit 1924 Stimmenanteile von über zehn Prozent. Seit 1930 trat der Evangelische Volksdienst hinzu, der andernorts Christlich-Sozialer Volksdienst hieß und eine Abspaltung von der DNVP war. Diese Partei schnitt hier deutlich besser ab als im Reichsdurchschnitt.

Den zweiten markanten Einschnitt der Wahlentwicklung markiert die Reichstagswahl des Jahres 1930. Sie halbierte den Stimmenanteil der Liberalen und ließ den der NSDAP empor schnellen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums steigerte sich die Kom-

munistische Partei nach einem Zwischentief auf überdurchschnittliche Werte. Bei der ersten Wahl des Jahres 1932 wurden die Nationalsozialisten, bei der zweiten Wahl die Kommunisten am häufigsten in Lüdenscheid gewählt. Während die Wahlerfolge der NSDAP absolut gesehen zwar auch hier immens waren, doch im Vergleich zu anderen Städten und vor allem ländlichen Gegenden unterdurchschnittlich, avancierte die KPD in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit zu einer Partei, die zeitweise über ein Viertel der Bevölkerung hinter sich brachte, eine Entwicklung, die heute aus dem kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung weitgehend verschwunden ist. Die letzte Wahl, die noch unter

kratischen Systems auch hier kontinuierlich anstieg.

Für eine detaillierte Analyse ist hier nicht der geeignete Ort, doch es soll zumindest auch ein kleiner graphischer Eindruck davon vermittelt werden, dass sich das Wahlverhalten der Lüdenscheider Bevölkerung nach dem Ersten Weltkrieg zwar in seinen großen Tendenzen der allgemeinen Entwicklung angepasst hatte, anstatt Sonderwege zu beschreiten wie im Kaiserreich, doch einzelne Entwicklungen bemerkenswert blieben.

Die NSDAP erzielte in Lüdenscheid unterdurchschnittliche Ergebnisse. Überhaupt konnte die Stadt auch nach 1933 nicht gerade als eine sichere Bastion



Wahlplakat der „Grünen“ zur Bundestagswahl von 1983. In Lüdenscheid blieb die Partei damals noch unter 5 Prozent der abgegebenen Stimmen

einigermaßen demokratischen Bedingungen stattfinden konnte, brachte für die NSDAP noch im März 1933 nur ein knappes Drittel der Wählerstimmen, während SPD und vor allem KPD in dieser angespannten Situation noch verhältnismäßig große Stimmenanteile behielten.

Blickt man im Übrigen auf die Wahlbeteiligung in der Zeit der Weimarer Republik, so ist festzuhalten, dass diese immer bis auf 1928 sehr hoch lag, auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Von einer Politikmüdigkeit der Bevölkerung wird man also nicht sprechen können, auch wenn insgesamt natürlich die Zahl der Gegner des demo-

der Nationalsozialisten gelten, was durch die Entstehung größerer Widerstandszirkel von Sozialdemokraten und Kommunisten belegt wird. Auf der anderen Seite zeigt sich auch die relative Stärke von SPD und KPD während der Zeit der Weimarer Republik. Fragt man nach der Herkunft der Stimmen für die NSDAP, so ist klar erkennbar, dass diese zu einem großen Teil aus dem ehemals liberalen Lager kamen sowie aus dem der vormaligen Nichtwähler und weniger aus dem Lager derjenigen, die ansonsten die Parteien der Linken gewählt hatten, geschweige denn aus dem katholischen Bevölkerungsanteil der Stadt.



In die Industriestadt Lüdenscheid entstand die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erst mit einiger Verspätung (hier ein Plakat zur Reichstagswahl vom Juni 1920), fand dann aber bis 1933 einen beachtlichen Wähleranhang.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur begann eine neue Phase der politischen Entwicklung. Einige Parteien



Bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 hatten erstmals auch Frauen das Wahlrecht. Um diese Klientel warben auch die politischen Parteien, wie dieses Plakat der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zeigt, die in Lüdenscheid einen beachtlichen, aber vorübergehenden Erfolg erzielte.

entstanden neu, andere, die es auch vor 1933 schon gab, wurden wiedergegründet. Was bei den Bundestagswahlen im Unterschied zu den Wahlen in der Weimarer Zeit sofort auffällt, ist eine außerordentliche Kontinuität der Entwicklung. Man kann dabei auch beobachten, dass das politische Leben in der Stadt (wie auch schon vor 1933) sehr stark von überregionalen Entwicklungen geprägt war und ist und lokale Besonderheiten allenfalls noch bei den Größenverhältnissen der politischen Lager eine Rolle spielen.

Im Hinblick auf das Wahlsystem gab es in dieser Zeit deutliche Unterschiede zu den vorangegangenen Abschnitten. Zum einen haben die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen sowohl eine Erst- als auch eine Zweitstimme (für das Folgende wurden nur die Zweitstimmenergebnisse herangezogen). Zum anderen änderte sich die Wahlkreiseinteilung im Unterschied zur Zeit des Kaiserreiches und zur Zeit der Weimarer Republik sehr häufig, was aber an dieser Stelle keine Rolle spielt. Das aktive Wahlrecht hatten im Kaiserreich nur Männer ab 25 Jahren, in der Zeit der Weimarer Republik beide Geschlechter ab 21 Jahren. In der Bundesrepublik wurde das Wahlalter 1975 auf 18 Jahre herabgesetzt.

Die Übersicht über die Entwicklung der Bundestagswahl-

ergebnisse in Lüdenscheid zeigt schnell, dass die großen Parteien CDU, FDP und SPD von 1949 an dominieren. Das überrascht keinen. Neben ihnen gab es stets einige kleine und kleinste Parteien von unterschiedlicher Lebensdauer. Als vierte größere Partei etablierten sich dann aber auch hier seit den achtziger Jahren die Grünen. In der Kategorie der „sonstigen“ Parteien gab es zunächst bei den ersten Bundestagswahlen nach der Staatsgründung größere Werte – wie im gesamten Bundesgebiet auch. Darin enthalten waren zum Beispiel die Stimmen für die wiedergegründete und 1956 verbotene KPD oder für den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). In den sechziger Jahren kam auch hier ein gewisser Aufschwung der rechtsextremen NPD hinzu. In den siebziger und achtziger Jahren aber teilten sich die größeren Parteien das Feld fast völlig unter sich auf. Das erstmalige Auftreten der Grünen nach 1980 lässt sich hinzurechnen. Erst nach der Wiedervereinigung gewinnen die kleineren Parteien auch in Lüdenscheid wieder etwas an Gewicht, vor allem die rechtsextremen Republikaner sind dazu zu rechnen.

Insgesamt aber folgt die Wahlentwicklung in Lüdenscheid von seinen generellen Tendenzen – damit meine ich quasi die Kurvenverläufe – dem Gesamtbild. Unterschiedlich ist allerdings das Niveau, auf dem sich die größeren Parteien im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bewegen: Die SPD und die FDP erhielten in Lüdenscheid immer höhere Stimmenanteile, die CDU und seit 1983 die Grünen immer niedrigere Stimmenanteile. Dies könnte man zweifellos soziologisch erklären. Es spiegelt sich darin zum Beispiel die soziale Struktur der Industriestadt Lüdenscheid wider, auch eine weitgehend wirtschaftsliberale Tradition innerhalb bürgerlicher Bevölkerungsschichten.

Blickt man von dieser Stelle aus noch einmal zurück, so haben wir es bei der Geschichte der politischen Wahlen zu deutschen Nationalparlamenten mit drei unterschiedlichen Phasen zu tun: Die Wahlen zum deutschen Reichstag während der Kaiserzeit waren davon bestimmt, dass spezifische lokale Voraussetzungen zu einer sehr individuellen lokalen Wahlentwicklung führten, auch wenn

man zugestehen muss, dass selbstverständlich auch die Politik auf der nationalen Ebene bei jedem Wahlgang eine wichtige Rolle spielte. Die Reichstagswahlen während der Weimarer Republik spiegelten politische Verwerfungen wider, die mit spezifischen lokalen Verhältnissen immer weniger zu tun hatten. Dennoch gab es von 1919 bis 1933 Lüdenscheider Besonderheiten. Die Bundestagswahlen seit 1949 erbrachten Ergebnisse in dieser Stadt, die bis auf graduelle Unterschiede keineswegs mehr aus dem Rahmen fallen. Die Politik ist, wenn man so will, „entlokalisiert“ worden und findet in der Wahrnehmung der Menschen nicht mehr in Lüdenscheid, sondern in Bonn (früher) bzw. Berlin (heute) statt. Das ist zugegebenermaßen eine gewisse Vereinfachung, doch auffälligerweise korrespondiert sie mit der Beobachtung, dass in den vergangenen Jahren die Wahlbeteiligung gesunken ist – bei den Bundestagswahlen seit 1990 zumeist auf unter 80 Prozent, bei Landtags- und Kommunalwahlen in Lüdenscheid auf ein noch geringeres Niveau, auf teilweise weniger als 50 Prozent nämlich (wie bei den letzten beiden Kommunalwahlen in den Jahren 1999 und 2004). Das hat es ansonsten nur zu Beginn der Geschichte der politischen Wahlen gegeben, im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts nämlich, als die Menschen sich erst noch daran gewöhnen mussten, dass sie ein Wahlrecht erhalten hatten.

Anmerkung: Bei dem Text handelt es sich um die etwas überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Stadtmuseum Lüdenscheid am 24. September 2002 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „50 Jahre Heimatverein Lüdenscheid“ gehalten wurde. Im Sinne der Lesbarkeit und entsprechend dem Vortragscharakter des Textes wird an dieser Stelle auf Nachweise in Form von Fußnoten verzichtet. Stattdessen sei verwiesen auf Dietmar Simon: Politische Milieus in städtischer Gesellschaft. Ein wahlstatistischer Überblick zur neueren Geschichte der Stadt Lüdenscheid, in: Der Märker 39 (1990), S. 207-215, sowie ders.: Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995.